



Gleichlautend:

Herrn Bezirksbürgermeister
Mike Homann
Hauptstraße 85

50996 Köln

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker
Hist. Rathaus

50667 Köln

Eingang beim Bezirksbürgermeister:

AN/0006/2017

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen)	23.01.2017

Parkstadt Süd

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion bittet, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen am **23.01.2017** zu setzen:

Die Verwaltung wird gebeten, der Bezirksvertretung Rodenkirchen im Plangebiet Parkstadt Süd das bisherige Verfahren (Sanierungssatzung, Beteiligung, Planung, Ersatzstandorte) für den Großmarkt umfassend darzustellen.

Die Bezirksvertretung erwartet insbesondere Auskünfte zu folgenden Punkten:

- Stand der Planung für den Ersatzstandort Großmarkt
- Auswirkungen von Planung und Realisierung des Ersatzstandorts auf den zeitlichen Ablauf der Realisierung der Planung Parkstadt Süd
- Stand der Neufassung der Sanierungssatzung
- Bewertung des zurückliegenden Beteiligungsverfahrens und Konsequenzen für das vom Stadtentwicklungsausschuss beschlossenen dialogischen Prozess, insbesondere im Hinblick auf eine gezielte Ansprache und Beteiligung der von der Planung unmittelbar betroffenen Bürgerinnen und Bürger aus Bayenthal, Raderberg und Zollstock.

Die Verwaltung wird beauftragt, durch präzise Vorgaben an das die künftige Beteiligung organisierende Büro "urban catalyst studio, Berlin" sicherzustellen, dass anders als in der zurückliegenden Beteiligung die von der Planung unmittelbar betroffenen Bürgerinnen und Bürger aus dem Plangebiet selbst und aus den unmittelbaren Nachbarschaften, Bayenthal,

Raderberg, Zollstock und Altstadt Süd direkt angesprochen und in einem diese Nachbarschaften konzentrierten Teilnehmerkreis an der Planung direkt beteiligt werden. Die Bezirksvertretung Rodenkirchen legt großen Wert darauf, dass diese Beteiligung adressierbare Ergebnisse erbringt.

Die Bezirksvertretung erwartet, dass in dem geplanten Beirat zur Beteiligung der weiteren Entwicklung der Parkstadt Süd nur solche Personen als Stimmberechtigte gewählt werden können, die im Plangebiet oder in einem der unmittelbar betroffenen Stadtteile des Stadtbezirks Rodenkirchen wohnen, arbeiten oder Grundbesitz haben. Mitglieder mit beratender Stimme, können auch aus anderen Stadtteilen kommen.

Begründung

Lt. Ratsbeschluss soll der Großmarkt 2020 verlagert werden. Das kooperative Planungsverfahren, eingeleitet am 18. April 2015, ist mit der Ergebnispräsentation der Planungen am 26. November 2015 beendet worden. Im März 2016 fand ein Workshop mit der Stadtgesellschaft statt in dem Ideen und Hinweise erarbeitet wurden. Im Juli 2016 wurden ausgewählte Teilbereiche der Parkstadt Süd zwischen Vorgebirgsstraße und Alteburger Straße in Spaziergängen aufgesucht. Weitere Veranstaltungen sind geplant.

Der Bebauungsplan ist am 24. November 2015 in einer Dringlichkeitsentscheidung beschlossen worden. Überwiegend sind alle Voraussetzungen geschaffen worden, die Verlagerung des Großmarktes zu ermöglichen. Es stellt sich aber die Frage, wohin. Bisher sind noch keine eindeutigen Entscheidungen getroffen worden, wohin der Großmarkt verlagert werden soll.

Die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere der Stadtteile Bayenthal, Raderberg und Zollstock sind stark daran interessiert, dass der Großmarkt verlagert wird. Insbesondere die Anwohner in der der Schönhauser Straße und der Marktstraße stellen sich immer wieder die Frage, was macht die Politik. In der Marktstraße fahren die Lastwagen so dicht an einem Mehrfamilienhaus vorbei, dass die Bewohner aus dem Fenster auf das Dach der LKW,s steigen könnten. Unerklärlich bleibt, dass eine Überbauung der öffentlichen Verkehrsfläche, also Bürgersteig, überhaupt, gestattet wurde. Noch zu erwähnen bleibt, **dass die Zufahrt zum Großmarkt für Lastwagen bei Tag und Nacht (rund um die Uhr) möglich ist und so die Nachtruhe der Anwohner erheblich gestört wird.**

Auch die auf dem Großmarkt ansässigen Betriebe fordern verständlicherweise Planungssicherheit, ob der Termin 2020 überhaupt zu halten ist.

Dr. Jörg Klusemann

Julia von Dewitz